

Kultur als Ausschuss

Kultur fördern – okay, aber muss es auch bei linken Buchhandlungen sein? »63 Prozent der Befragten stimmen laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts INSA mit ›ja‹ oder ›eher ja‹ der Frage zu: Sollte eine Buchhandlung, über deren Eingangsbereich der Schriftzug ›Deutschland, verrecke bitte‹ steht, Ihrer Meinung nach vom staatlich finanzierten Buchhandlungspreis ausgeschlossen werden?« So zu lesen in »The European«, »Deutschlands großem Debattenmagazin«, über den Bremer Buchladen »Golden Shop«. Das Blatt gehört zur Weimer Media Group, die von Wolfram Weimer gegründet wurde, dem amtierenden Kulturstaatsminister. Und, mal ehrlich – wurden die Bremer, aber auch dieses Göttinger Buchhändler-Kollektiv namens »Rote Straße« nicht zu Recht vom Preis ausgeschlossen? Und die Straße, nach der ihr Laden sich benannt hat, sollte lieber auch gleich einen neuen Namen bekommen, oder?

Nun geht nicht alles, was Wolfram Weimer anpackt, in die von ihm intendierte Richtung. Auf der Leipziger Buchmesse wurde er bei der Eröffnungsrede (ein bisschen) ausgebuht. Die 115 anderen Preisträgerbuchhandlungen haben sich mit den drei ausgeschlossenen solidarisiert und sammeln Geld – auch für die Anwälte, die jetzt am Start sind. Es wird aber dauern zu erfahren – oder vielleicht nie herauskommen –, was den dreien vom Verfassungsschutz vorgeworfen wird.

Der parteilose Wolfram Weimer ist wohl vom Bundeskanzler als eine Art Kettenhund eingestellt worden, um eine konservative Kulturwende zu vollziehen und den AfD-Wählern entgegenzukommen. Immer mehr Menschen sind ja dieser Meinung: »Frau Roth hat während ihrer gesamten desaströsen Amtszeit dafür gesorgt, dass linksradikale Propagandisten wie diese Buchläden, unzählige kriminelle Vereine und Gruppen massiv mit Steuergeldern am Leben erhalten und gefördert werden. Dass das jetzt der Geschichte angehört, sollte eigentlich selbstverständlich sein. Dass die Linken pöbeln, jammern und ins Kissen heulen, ist verständlich, spielt aber keine Rolle«, so ein anonymer Kommentar auf Facebook. Auch die kulturpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Dr. Ottilie Klein, sieht es so. In einem Tweet auf X macht sie aus »verfassungsschutzrelevanten Informationen« mal eben »verfassungsfeindliche Institutionen«, und die dürfen selbstverständlich keine »steuerfinanzierten Preise« bekommen.

»Barock« und »neofeudal« nennt übrigens der Konzertveranstalter und Publizist Berthold Seliger die Preisverleihungen der »Kulturfördermaschinerie«, wenn sie denn stattfinden, missbraucht von »überforderten Amtsträgern mit einer reaktionären Agenda«. Er schlägt statt dessen eine »strukturelle Kulturförderung« vor, etwa in Form finanzieller Absicherung kultureller Orte, oder ein Kulturexistenzgeld.

»Der ›Reason why‹ der neuen Bundesregierung lässt sich ... auch in seiner kulturellen Dimension auf die zentrale Programmatik fokussieren, dass wir die Mitte stark machen müssen, weil wir sie sonst an die Ränder verlieren. Wenn linke und rechte Bilderstürme die Freiheitsräume verengen wollen, sollten wir sie weiten. Kultur und Sprache und Debatten sind Ermöglichungsräume, keine Verbots-

zonen«, verkündete Weimer via »Süddeutsche Zeitung« im Juni 2025. Wohlklingende Phrasen im akademischen Sound und nichts dahinter. Weimer behauptet zwar, seine Aktivitäten seien »überhaupt nicht als Kulturkampf gedacht«, sie sind es aber.

Die Bedeutung von Künstlern, Filmleuten und Buchhandel ist in Zeiten des »Zeitenwandels« ohnehin marginal geworden. Jetzt geht es bei der Umwertung aller Werte um andere Dinge, zum Beispiel um die Historie. Da wollen die Vertriebenenverbände einen Wechsel an der Spitze des bisher einigermaßen befriedeten Dokumentationszentrums der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung erzwingen. Die Zuständigkeit dafür hat Weimer bei Amtsantritt an das Innenministerium abgegeben. Den Lobbyisten passt nicht, dass Ausstellung und Katalog einen Zusammenhang zwischen der Vertreibung und der deutschen Vernichtungspolitik im Osten herstellen. Das entspreche nicht »vollumfänglich den Vorstellungen der Vertriebenen« und mache sie »zu Opfern zweiter Klasse«. Andreas Kilb, der über den Fall in der »FAZ« berichtete, nennt den Stiftungsrat, der über die Neubesetzung der Direktorinnenstelle zu entscheiden hat, einen »Klüngel«. Die Geschichtsrevisionisten sind im Aufwind, und keiner stoppt sie.

Die AfD kündigt in ihrem Regierungsprogramm für Sachsen-Anhalt Nägel mit Köpfen an. »Kein Geld mehr für Provenienzforschung« im Deutschen Zentrum Kulturgutverluste; die Landeszentrale für politische Bildung (»linke Indoktrinationsanstalt«) soll umfunktioniert werden; man will »soldatisches Opfer ehren« und Kriegerdenkmäler renovieren; und überhaupt soll es »kein Staatsgeld für antideutsche Kunst und Kultur« geben. Ihre radikal-völkischen Pläne erinnern an die berüchtigte Zeile aus dem Drama »Schlageter« des Nazi-Dich-

ters Hans Johst: »Wenn ich Kultur höre, entsichere ich meinen Browning.« Denn, ja, auch »Feuerwerk ist Kultur«! »Es kann und es muss eine ›politische Hegemonie‹ auch vor dem Regierungsantritt geben, und man darf nicht nur auf die durch ihn verliehene Macht und die materielle Stärke zählen, um die politische Führung oder Hegemonie auszuüben.« Die AfD hat Gramsci gut verstanden – und wendet seine Gedanken gegen links. Neben den völkischen Deutschtümlern tragen zu dem weltweit stattfindenden Kulturkampf von rechts auch moderne Radikallibertäre wie Ulf Poschardt bei, die finden, Kultur könne prima ohne staatliche Subventionen auskommen.

Ein anderer Coup aus dem Hause Weimer, der Stopp der Gelder für den Erweiterungsbau der Deutschen Nationalbibliothek in Leipzig, ist noch nicht amtlich. Obwohl gesetzlich vorgeschrieben ist, dass die Bibliothek zwei Pflichtexemplare aller deutschsprachigen Neuerscheinungen archivieren soll, will Weimer es künftig bei digitalen Belegen belassen. Damit entfalle die Notwendigkeit des Erweiterungsbaus, und der Staatsminister nennt das »Bürokratieabbau«. Seine Kulturauffassung ist nicht die eines Konservativen, dem die Bewahrung des kulturellen Erbes eine Herzensangelegenheit sein müsste, sondern die eines Unternehmers, der er ja ist: »Lohnt sich nicht, zahlt sich nicht aus: kann weg!«

Vielleicht sollte man zuerst mal Weimer einsparen. Dann ist schon etwas gewonnen.

